



Rede von Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz und Nationalrätin (ZH)

Es gilt das gesprochene Wort.

Ich erhalte sehr viele Zuschriften von Frauen. Sie erzählen mir, wie erschöpft sie sind vom jahrzehntelangen Jonglieren zwischen Job und Kinderbetreuung. Sie schreiben, dass sie Angst vor der Pensionierung haben, weil ihre Rente nicht ausreichen wird, um mit den Enkelkindern in den Zoo gehen zu können. Und sie danken uns, dass wir uns gemeinsam mit ihnen dafür einsetzen, dass ihrer Arbeit Respekt entgegengebracht wird.

Bei dieser Vorlage geht es nicht um meine Generation, es geht um die Generation unserer Mütter. Viele von ihnen haben ein Leben lang gekrampt ohne externe Kinderbetreuung, dafür mit viel unbezahlter oder schlecht entlohnter Arbeit und wenig beruflichen Perspektiven. Und jetzt sollen sie länger arbeiten, mehr einzahlen und ein Jahr weniger lange Rente beziehen. Gerade als junge Politikerin bin ich nicht bereit, dass diese Frauen einen Rentenabbau hinnehmen müssen.

Wer behauptet, es gebe keinen Renten-Abbau für die Frauen sondern eine Kompensation, dem möchte ich sagen: Wie kommen dann die 7 Milliarden Franken zustande, welche gemäss Bundesrat bis 2030 bei der AHV 2030 abgebaut werden sollen?

Diese Vorlage hat ein Preisschild pro Frau: 26'000 Franken. Und die bürgerliche Arroganz trifft am meisten Frauen mit harten Jobs und tiefen Löhnen, die sich keine Frühpensionierung leisten können.

Eigentlich sollte die AHV existenzsichernd sein. So steht es in der Verfassung. Doch davon sind wir weit entfernt. Der Rentenabbau steht völlig quer in der Landschaft. Gleichzeitig verträsten die Rechten mit Verbesserungsversprechen in der zweiten Säule. Dort verursachen sie jedoch ein Chaos und reden bereits davon, die Pensionskassen-Reform ganz zu versenken. So stehen die Frauen am Ende mit einem Rentenloch und null Verbesserungen da.

Diese Vorlage hat aber nicht nur für die Frauen ein Preisschild. Die gesamte Bevölkerung bezahlt mehr. Bei einem Ja zur AHV-Vorlage wird die Mehrwertsteuer um 0.4% erhöht, während die Leistungen für Frauen abgebaut werden.

Die Löhne und Renten stagnieren seit Jahren, während die Belastungen zunehmen. Und jetzt drohen noch stark steigende Preise. Eine Mehrwertsteuer-Erhöhung schwächt zusätzlich die Kaufkraft. Mehr zahlen für schlechtere Leistungen? Dagegen wehren wir uns mit einem zweifachen Nein am 25. September.